

Vresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Neudruckerei Dresden
Hauptverleger: Hermann Kuntze
Hilfsverleger: Hermann Kuntze
Hilfsverleger: Hermann Kuntze

Verlagsdruckerei: Neudruckerei Dresden
Hauptverleger: Hermann Kuntze
Hilfsverleger: Hermann Kuntze
Hilfsverleger: Hermann Kuntze

Verlagsdruckerei: Neudruckerei Dresden
Hauptverleger: Hermann Kuntze
Hilfsverleger: Hermann Kuntze
Hilfsverleger: Hermann Kuntze

Der Reichstag beginnt zu arbeiten

Die Konstituierung der Ausschüsse

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Dez. Die zweite Sitzung des Reichstages am Mittwoch wird vom Präsidenten Brüning kurz nach 14 Uhr eröffnet. Die Tribünen sind auch diesmal wieder stark besetzt. Ratsmitglieder sind wiederum nicht erschienen, doch sieht man bei den Regierungssplätzen für kurze Zeit den Ministerialdirektor Göttinger vor dem Reichsinnenministerium, der bekanntlich das Reich in Vertretung vertreten hat. Die Nationalsozialisten sind größtenteils in Zivil erschienen. Präsident Brüning teilt zunächst das Ergebnis der Schriftführerwahlen mit. Seine Mitteilung, daß auch der Abgeordnete

her. Sie denkt nicht daran, der Regierung dadurch in die Hände zu arbeiten, daß sie es dieser nach dem Muster der Marxisten ermöglicht, den Reichstag zu einem Termin aufzulösen, der für die Opposition denkbar ungünstig liegt. Das Blatt kündigt dann an, die NSDAP werde das Kabinett dann zum Sturz bringen, wenn der Erfolg dieser Aktion auch wirklich eine Rettung für Volk und Vaterland bedeute, wenn also die Aussicht bestehe, daß an Stelle des Kabinetts Schleicher nicht etwa Schlimmeres, sondern etwas Besseres gesetzt werden könne. Ob diese Aussicht vor oder nach Weihnachten gegeben sei, hänge von der jeweiligen Lage ab. Danach würden sich die Entschlüsse der NSDAP richten. Die NSDAP denke nicht daran, sich in Preußen in die Abhängigkeit vom Kabinett Schleicher zu begeben.

Reichsratsitzung verschoben

Berlin, 7. Dez. Auf Wunsch mehrerer Länderregierungen wird wegen des auf den Donnerstag fallenden katholischen Feiertages Maria Empfängnis die Vollversammlung des Reichsrates vom 8. Dezember auf Donnerstag, den 15. Dezember verlegt. Infolgedessen fällt auch die für den 8. Dezember nachmittags anberaumte Ausschusssitzung aus.

Keine Kürzung der Beamtengehälter

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Dez. Von Seiten des Einzelhandels waren in der letzten Zeit Klagen an die zuständigen Reichsstellen gelangt, daß das Lohnausgleichsgesetz durch Verzicht des Inhabers geübt würde, daß eine Kürzung der Beamtengehälter bevorstehe. Von zuständiger Stelle werden diese gänzlich unzutreffenden Gerüchte heute zum Anlaß eines energischen Dementis genommen, in dem mit Betonung zum Ausdruck gebracht wird, daß eine Kürzung der Beamtengehälter weder in Aussicht stehe, noch erwogen werde. Das gleiche gelte auch für die preußi-

che Staatsregierung. In den weiteren Klagen, daß in einzelnen Ländern leitenden der Länderregierungen Gehaltskürzungen erfolgt seien, wird von Reichsstelle erklärt, daß man auf diese Dinge keinen Einfluß habe, da es den Ländern nicht verwehrt werden könne, Gehälter, die über dem Reichsdurchschnitt stehen, herabzusetzen.

Neurath bleibt noch in Genf

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Dezember. Verschiedene Zeitungen berichteten heute aus Genf, daß der dort weilende Reichsaußenminister die Absicht habe, abzureisen. Diese Meldungen werden heute an amtlicher Stelle als unzutreffend bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß Herr v. Neurath nicht nur noch Genf gefahren ist, um die Fragen der Gleichberechtigung und der Abrüstung zu erörtern, sondern auch, um an der Beratung anderer Völkerbundsprobleme teilzunehmen. So habe die manövrierische Frage zur Tagesordnung, zu der von deutscher Seite in diesen Tagen Stellung genommen werden würde. Es wird auch als unzutreffend bezeichnet, daß Neurath wegen der auf dem Abrüstungsgebiet von den übrigen Großmächten gemachten Vorschläge erklärt habe, in Berlin erst Besprechungen einholen zu müssen. Man betont, daß für Deutschland gar kein Anlaß vorhanden sei, einer nochmaligen Darlegung seiner Stellungnahme auszuweichen.

(Weiteres über die Genfer Verhandlungen auf Seite 2)

Herriot und MacDonald in Paris

Paris, 7. Dez. Herriot und MacDonald sind heute früh hier eingetroffen. Während MacDonald jede Erklärung ablehnte und sich sofort in die englische Botschaft begab, bemerkte Herriot bei seiner Ankunft, die Haltung der englischen Delegation in Genf habe von großer Treue und untadeliger Loyalität geseugt. — Im Laufe des Vormittags findet ein Kabinettsrat statt, an dem sich ein Ministerrat anschließt. Wann die Beratungen über die Schuldenfrage zwischen Herriot, MacDonald, Rewille Chamberlain und dem französischen Finanzminister vor sich gehen, steht im Augenblick noch nicht fest.

Schweres Explosionsunglück bei J. G. Farben

Im Premitzger Werk - Acht Tote

Rathenow, 7. Dezember. Bei Reparaturarbeiten im Premitzger Kunstseidewerk der J. G. Farben, die von einer Rathenower Baufirma ausgeführt werden, ereignete sich heute vormittag kurz nach 9 Uhr ein schweres Explosionsunglück. Beim Schweißen explodierte eine Wasserstofflampe und zerriß eine Gruppe von 8 bis 9 Arbeitern vollkommen.

Das Unglück trat folgendermaßen ein: Der Schlossermeister Lie an Rathenow war mit seinen Arbeitern an dem Neubau beschäftigt. Bei der Beförderung einer Sauerstoffflasche ließen die Bediener die Flasche fallen. Da sie unter hohem Druck stand, explodierte sie. Die Explosion hatte verheerende Wirkungen. Die Gase, die über dem Werk liegen, verbanden sich mit dem Sauerstoff. Durch den gewaltigen Druck plachten alle Fenster scheitern in der Umgebung, weiter führte eine Mauer ein und begrub viele Arbeiter unter sich. In den Erdboden an der Unfallstelle wurde ein riesiges Loch gerissen, und die Giebelwand des Betriebes wurde vollständig weggerissen. Die Toten konnten nicht identifiziert werden, weil sie vollständig zerstückelt sind. Unter den Trümmern wurden bisher fünf schwer verletzte hervorgezogen, doch vermutet man, daß sich darunter noch weitere Verletzte, vielleicht auch Tote, befinden. Der Betrieb wurde durch die Explosion auf Stunden stillgelegt und konnte erst gegen Mittag teilweise wieder aufgenommen werden. Die Werksebene leistete die erste Hilfe. Sämtliche Verletzte der Unglücksursache wurden alarmiert. Um 12 Uhr traf die Staatsanwaltschaft Potsdam ein.

Ein glaubwürdiger Belastungszeuge?

Leipzig, 7. Dez. In dem Doherratsverfahren gegen den Fahnenjunkerunteroffizier Eberhard von der Infanterieregiments zu Dresden hat der vierte Strafakt die Vernehmung des Haupt- und einzigen Belastungszeugen, des Obergefreiten Kreiweiß, fortgesetzt. Dieser Zeuge blieb bei seiner Darstellung, in der Kunath'schen Wohnung zu Dresden seien „Besprechungen kommunistischer Angelegenheiten“ gepflogen worden. Eberhard habe ihm auch in Dresden eine Durchsicht gegeben, in der er kommunistische Schriften kaufen könne. Weiter wurde vom Gericht festgestellt, daß der Zeuge Kreiweiß vor einiger Zeit auch einen sehr angelegenen Einwohner Hannovers in den Verdacht des Landesverrats gebracht habe, weil dieser Mann ihn nachts in einer Wäschekammer gefragt habe, warum er denn braune Hosen am Messerrod trage, was das zu bedeuten habe. Kreiweiß lief sofort zur Polizei und

verdächtigte den Mann der Spionage. Auch die Kameraden Kreiweiß bezeichneten ihn vor Gericht als Wichtigtuer und Vielredner. Unter den Zeugen befand sich auch ein Leutnant Vist aus Dresden, der als Kommandeur der Infanterieschule die dienstliche Meldung des Kreiweiß über die Vergehen des Eberhard entgegengenommen mußte. Kreiweiß hat zunächst seinem Major Anzeiger erstattet, hat aber diesem gegenüber behauptet, er kenne den Namen dieses angeblichen „Charly“ (Spitzname für Eberhard) nicht, er wisse aber genau, daß es sich um einen Fahnenjunker handle. Am Abend dieses Tages wußte er dann den Namen dessen, mit dem er seit Oktober in regem Verkehr gestanden und von dem er Zuwendungen aller Art erhalten haben will; nach seinen Angaben mußte er diesen Namen erst mühsam und listig feststellen. Die Verhandlung wird am Mittwoch fortgesetzt.

Ein fünfjähriger Giftmörder vor Gericht

Berlin, 7. Dez. Vor dem Berliner Schwurgericht wird zur Zeit unter starkem Andrang des Publikums der mit Spannung erwartete Prozeß gegen den fünfjährigen Giftmörder Schwabacher Eduard Just aus Kleinpartwitz (Kreis Opperode) verhandelt.

Nach der Anklageschrift hat Just seinen Schwiegervater Törke und seinen Schwager Grobars, dessen Frau und Kind mit Arsen vergiftet, um in den Besitz der kleinen Erbschaft zu kommen. Weiter hat er seine im vergangenen Jahr erstorbene zweite Ehefrau zum Zwecke des Versicherungsbeitrages ebenfalls mit Arsen vergiftet.

In der Voruntersuchung hatte Just bereits die Morde an der Familie Grobars und an seiner zweiten Frau zugegeben.

Zu Beginn der Verhandlung widerrief Just zur allgemeinen Überraschung seine Geständnisse und behauptete plötzlich, daß sein Schwager Grobars und seine zweite Frau Selbstmord begangen hätten.

Zu Beginn der Mittwochsverhandlung legte der Angeklagte jedoch erneut das Geständnis ab, seine zweite Frau im Jahre 1930 und die Familie Grobars durch Arsen vergiftet zu haben. Seine zweite Frau will er vergiftet haben, weil seine Schwiegermutter gedroht habe, ihm ihre Tochter wieder wegzunehmen.

Der „Europa“-Kommandant in Neuport

Bremen, 7. Dez. Commodore Johnson, der Führer des Schnellbampfers „Europa“ des Norddeutschen Lloyd, der an einer Blinddarmentzündung erkrankte und sich an Bord einer Operation durch den Chirurgen unterzogen mußte, ist in einem Neuporter Hospital, das Commodore Johnson nach Ankunft der „Europa“ aufgesucht hatte, verstorben.

Dr. Eugenberg (D.N.) zum Schriftführer gewählt worden sei, wird von einem Teile des Hauses mit Beifall ausgenommen. — Sodann geht der Präsident auf das veränderte Wahlergebnis der Wahl zum dritten Reichspräsidenten ein. Nach der endgültigen amtlichen Feststellung sei Abg. Vöbe (Soz.) mit 206 Stimmen gewählt worden. Abg. Dr. Fric (Natsoz.) beantragt Wiederholung der Wahl, da nach Ansicht seiner politischen Freunde das Ergebnis nicht einwandfrei feststehe. Es sei zum Beispiel möglich, daß nachträglich ein für den Abg. Fric (D. Sp.) abgegebener Stimmzettel abhandelt worden sei. (Dio-Rufe b. d. Soz.) Der Redner fordert namentliche Abstimmung über seinen Antrag. (Bei Schluß der Debatte dankt die Sitzung noch an.)

Bei dem umfangreichen Beratungsstoff rechnet man heute mit einer langen Sitzungsdauer. Verhältnismäßig schnell wird die erste und zweite Beratung des Stellvertreterengesetzes für den Reichspräsidenten

erledigt werden, da in diesem Falle nur eine kurze Aussprache erwartet wird. Der Reichspräsident hat die Redezeit auf eine Viertelstunde bemessen. Daran wird sich dann eine größere sozialpolitische Debatte schließen, für die eine Redezeit von einer Stunde vorzusehen ist. Zur Beratung stehen die gleichlautenden Anträge des Zentrums und der Nationalsozialisten auf

Aufhebung der sozialpolitischen Maßnahmen

der September-Notverordnung. Verbunden damit sind Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten über die Aufhebung der ganzen Verordnung und Anträge der Sozialdemokraten, Kommunisten, des Zentrums und der Nationalsozialisten über Wiedereinstellung und Arbeitsbeschaffung. Die Mehrzahl dieser Anträge soll der Ausschussberatung überwiesen werden. Die meisten Fraktionen haben ihre Redner für die Aussprache noch nicht bestimmt. Die Sozialdemokraten wollen zwei Redner, die Abgeordneten Karsten und Brandes, vorschlagen. Das Zentrum beabsichtigt nicht, sich an der Aussprache zu beteiligen, während die Nationalsozialisten ihre Entscheidung erst in einer Fraktionssitzung treffen. Auch die Deutschnationalen und die Technische Fraktion halten vorher noch Fraktionssitzungen ab. Als letzter Punkt der Tagesordnung stehen

die Annahmestimmungen der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten und Kommunisten

zur Beratung, für die eine Redezeit von einer halben Stunde festgelegt ist. Nach Erledigung der Tagesordnung wird sich der Reichstag auf Freitag vormittag verlagern, um dann noch das Stellvertretergesetz, die Annahmestimmungen und andere Vorlagen in dritter Lesung zu verabschieden.

Der Ueberwachungsauausschuss und der Auswärtige Ausschuss stellen vor der Plenarsitzung ihre konstituierenden Sitzungen ab. Im Ueberwachungsauausschuss hat wieder Abg. Vöbe (Soz.), im Auswärtigen Ausschuss Abg. Fric (Natsoz.) den Vorsitz. Für den Haushaltsauausschuss, wo den Kommunisten diesmal der Vorsitz zufällt, ist Abg. Torgler als Vorsitzender in Aussicht genommen.

17 Notverordnungen seit September

Berlin, 7. Dez. Neben einigen internationalen Abkommen hat die Reichsregierung dem Reichstage die seit der letzten Reichstagsauflösung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnungen zur Kenntnisnahme zugestellt. Das Verzeichnis, das mit dem 19. September beginnt und mit dem Erlaß über die Gewaltenteilung in Preußen vom 18. November endet, enthält nicht weniger als 17 Verordnungen aus diesem Zeitraum. Die ersten Verordnungen des Kabinetts v. Papen über Wirtschaftsbeschäftigung sind in dieser Auflistung nicht mehr mit enthalten, da sie vor der Reichstagsauflösung veröffentlicht wurden.

Keine Isolierungsabsichten der NSDAP.

Berlin, 7. Dez. Der „Angriff“ wendet sich heute gegen die Behauptung eines Berliner Blattes, die Nationalsozialisten hätten sich zur Isolierung des Kabinetts Schleicher entschlossen und dafür eine nationalsozialistischegeführte Koalitionsregierung in Preußen eingesetzt. Das Blatt schreibt: „Die NSDAP. läßt nach wie vor den klaren Kampf gegen das Kabinett Schleicher



Abb. 2